

Beschluss

Sichern wir unsere Lebensgrundlagen - Natur und Umwelt konsequent schützen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 21.08.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Natur und Umwelt konsequent schützen

Antragstext

1 *Unsere Umwelt und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere*
2 *Lebensversicherung und die unserer Kinder und nachfolgender Generationen. Wir*
3 *müssen erhalten, was uns erhält: reine Luft zum Atmen und sauberes Wasser,*
4 *gesunde Böden für gesunde Nahrung, Wälder und Stadtnatur, das Netz der Arten und*
5 *die natürlichen Ressourcen, auf denen unser Wohlstand beruht.*

6 *Der Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist keine rein ökologische, sondern auch*
7 *eine soziale und wirtschaftliche Frage, die Auswirkungen auf die Gesundheit*
8 *jedes Einzelnen und auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens hat. Gerade*
9 *Menschen mit geringen Einkommen können sich Wohnungen oft nur in Gebieten*
10 *leisten, in denen schlechte Luftqualität und hohe Lärmbelastung vorherrschen und*
11 *der Zugang zu wohnortnahe Grün nicht gegeben ist. Entschlossene Umweltpolitik*
12 *bedeutet für uns: entschlossene Gesundheits- und Sozialpolitik.*

13 *Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Grundlage unserer Politik. Die*
14 *ökologischen Belastungsgrenzen sind in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen*
15 *bereits überschritten. Wetterextreme treffen uns auch in NRW immer häufiger und*
16 *zeigen das Voranschreiten der Klimakrise vor unserer Haustür. Naturkatastrophen*
17 *wie das extreme Hochwasser im Juli 2021 werden Mensch und Umwelt immer häufiger*
18 *gefährden. Klimakrise, Flächenversiegelung, industrielle Landwirtschaft,*
19 *Rohstoffabbau und globalisierter Konsum hinterlassen immer mehr Spuren in*
20 *unserer Natur. So sind etwa bereits ein Drittel aller Bäume in NRW deutlich*
21 *geschädigt. Fast die Hälfte aller Pflanzen-, Pilz- und Tierarten stehen auf der*
22 *Roten Liste, sind also gefährdet. Und unsere Verantwortung geht noch weit über*
23 *die heimische Natur hinaus, denn der Verlust der Biodiversität ist ein globales*
24 *Problem. Wie wir hier wirtschaften und leben hat gravierende Auswirkungen auf*
25 *anderen Teilen der Welt.*

26 *Zuversichtlich stimmt uns, dass zahlreiche Umweltprobleme wie die*
27 *Rheinverschmutzung oder das Ozonloch in der Vergangenheit mit klarer*
28 *Regulierung, neuen Technologien und im gesellschaftlichen Konsens gelindert*
29 *werden konnten. Gerade in NRW sind so im Bereich der Umweltwirtschaft zahlreiche*
30 *Innovationen und Arbeitsplätze geschaffen worden. Artensterben, Klimakrise oder*
31 *die Vermüllung der Ozeane erfordern heute komplexere und intelligente Lösungen -*
32 *diese Lösungen liegen aber bereits auf dem Tisch und es braucht eine politische*
33 *Kraft, sie umzusetzen.*

34 *Natur und Artenvielfalt zu schützen auf der einen Seite und Klimaschutz auf der*
35 *anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Beides sind unstrittige*
36 *Voraussetzungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die beiden Ziele können*
37 *nur gemeinsam erreicht werden. Durch Naturschutz und die Wiederherstellung von*

38 *Ökosystemen erhalten und stärken wir natürliche CO₂-Senken wie Wälder, Moore,*
39 *Fließgewässer und sowie Ozeane, mit Klimaschutz verhindern wir den Verlust und*
40 *unwiederbringlichen Umbau dieser Lebensräume. Deshalb brauchen wir Lösungen,*
41 *Klimaschutz und Biodiversitätsschutz gleichzeitig gemeinsam voranzubringen.*
42 *Dort, wo es Zielkonflikte zwischen Natur- und Klimaschutz gibt, stehen wir GRÜNE*
43 *in der Verantwortung, Lösungen zu finden – denn ohne Klimaschutz keine intakte*
44 *Natur, ohne Naturschutz kein stabiles Klima.*

45 *Natur und Artenvielfalt zu schützen auf der einen Seite und Klimaschutz auf der*
46 *anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Beides sind unstrittige*
47 *Voraussetzungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die beiden Ziele können*
48 *nur gemeinsam erreicht werden. Durch Naturschutz und die Wiederherstellung von*
49 *Ökosystemen erhalten und stärken wir natürliche CO₂-Senken wie Wälder, Moore und*
50 *Ozeane, mit Klimaschutz verhindern wir den Verlust und unwiederbringlichen Umbau*
51 *dieser Lebensräume. Deshalb brauchen wir Lösungen, Klimaschutz und*
52 *Biodiversitätsschutz gemeinsam voranzubringen. Dort, wo es Zielkonflikte*
53 *zwischen Natur- und Klimaschutz gibt, stehen wir GRÜNE in der Verantwortung,*
54 *neue Lösungen zu finden – denn ohne Klimaschutz keine intakte Natur, ohne*
55 *Naturschutz kein gutes Klima.*

56 *Aktuell steckt NRW fest in einem Deregulierungs-Mantra , in dem*
57 *Wirtschaftswachstum auf Kosten von Artenvielfalt, Natur, Klima und*
58 *gesundheitlicher Folgen für die Menschen in NRW gefördert werden soll. Dabei*
59 *sind die Bürger*innen, Teile der Wirtschaft und viele Kommunen längst weiter und*
60 *fordern: Nur wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, sichern wir*
61 *mittel- und langfristig Wohlstand in unserem Industrieland und garantieren die*
62 *Grundlagen für ein Leben in Freiheit und Würde. Anstatt Wirtschaft und Umwelt*
63 *gegeneinander auszuspielen, benennen wir GRÜNE Wege, damit sich Umwelt-, Natur-*
64 *und Klimaschutz für alle auszahlt und wirksam wird. Wir wollen, dass unsere*
65 *Industrie und Landwirtschaft mit der Natur wirtschaften und dass unsere*
66 *Wirtschaft zu einem Kreislauf wird, in dem Ressourcen wiederverwendet werden.*

67 *Neue Technologien und die Digitalisierung können uns ebenfalls helfen*
68 *nachhaltiger und gesünder zu leben und zu wirtschaften, wenn sie von klaren*
69 *gesetzlichen Leitplanken gelenkt werden. Technologien werden grundlegende*
70 *Veränderungen und schnelles Handeln aber nicht ersetzen, sondern nur ergänzen*
71 *können. Lange war NRW Vorreiterin in Sachen Umwelttechnologien. Wir sind*
72 *überzeugt: Es ist ein Standortvorteil, die sauberste Industrie zu haben.*

73 *Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die der Natur mehr Raum gibt – in der Stadt*
74 *und auf dem Land. Und wir geben dem Umwelt-, Natur- und Artenschutz in*
75 *Nordrhein-Westfalen den Wert, der ihm gebührt: Politische Aufmerksamkeit,*
76 *wirksamen gesetzlichen Schutz, ausreichend finanzielle Mittel, wirksame*
77 *Strukturen und ausreichend qualifiziertes Personal für die Umweltverwaltung*
78 *sowie Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Klima- und Naturschützer*innen in*
79 *unserem Land.*

80 **Weitsichtige Politik für Natur- und Artenschutz**

81 *Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten und an naturnahen Lebensräumen spitzt*
82 *sich jedes Jahr global wie in Nordrhein-Westfalen weiter zu. Wir stehen weltweit*
83 *mitten im sechsten großen Massenaussterben der Erdgeschichte - diesmal vom*
84 *Menschen verursacht. Selbst in den meisten Schutzgebieten, in denen Natur*
85 *Vorrang haben soll , geht die Artenvielfalt dramatisch zurück . Viele Arten*
86 *sterben zudem unerkannt, weil sie schlicht noch nicht entdeckt wurden.*

87 Mit dem dramatischen Rückgang der Insekten gehen Arten in den Nahrungsnetzen für
88 Vögel, Frösche, Eidechsen und Säugetiere unwiederbringlich verloren. Gewachsene
89 Ökosysteme brechen zusammen. Flächenverbrauch, intensive Land- und
90 Forstwirtschaft sowie ungenügender Schutz in Schutzgebieten setzen Vögeln,
91 Amphibien, Säugetieren und Pflanzen zudem direkt zu.

92 Intakte Ökosysteme verhindern die Ausbreitung von Schädlingen und
93 Krankheitserregern. Die aktuelle Corona-Pandemie ist ein besonders
94 schwerwiegendes Beispiel für die Bedeutung von Zoonosen, die inzwischen für ca.
95 3/4 der Infektionskrankheiten bei Menschen verantwortlich sind. Wir fordern den
96 one-health-Ansatz (die systematische Zusammenarbeit von Human-, Veterinärmedizin
97 und Umweltwissenschaft) in NRW zu stärken.

98 Für uns GRÜNE ist der Natur- und Artenschutz Teil grundlegend. Deswegen
99 unterstützen wir von Anfang an mit voller Überzeugung die Volksinitiative
100 Artenvielfalt NRW. Denn anders als bei früheren Massenaussterben der
101 Erdgeschichte haben wir Menschen es selbst in der Hand unsere Ökosysteme zu
102 schützen. Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir GRÜNE arbeiten mit den vielen
103 Verbündeten in den Umwelt- und Naturschutzorganisation gemeinsam daran, unsere
104 Artenvielfalt und unsere natürlichen Lebensräume zu bewahren:

- 105 • **Flächenfraß** ist eine wesentliche Ursache des Artensterbens. Jeden Tag
106 gehen in NRW ca. zehn Hektar Fläche unter Beton und durch Abgrabungen im
107 Tage- und Kiesabbau verloren. Gerade auch landwirtschaftlich nutzbare
108 Flächen gehen verloren, und sorgen damit für steigende Pachtpreise für die
109 Landwirt*innen und verschlimmern so das Höfesterben. Wir GRÜNE setzen uns
110 **kurzfristig für die Wiederaufnahme des 5-Hektar-Ziels** ein, das von
111 Schwarz-Gelb aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen wurde. Bis
112 spätestens **2035 wollen wir den Flächenverbrauch auf netto null** absenken
113 und dafür eine wirksame Strategie, inklusive einer
114 Flächenversiegelungsabgabe, operative Ziele und konkrete Maßnahmen
115 erarbeiten. Wir setzen uns für ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in
116 der die ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren
117 Stellenwert enthält. Mit einem "Kies-Euro" und einer
118 Flächenversiegelungsabgabe schaffen wir finanzielle Anreize zur
119 Verringerung von Flächen- und Rohstoffverbrauch.
- 120 • Wir schaffen einen **übergreifenden Biotopverbund für NRW**. Grünland, Wälder,
121 ausreichend breite Gewässerrandstreifen und andere Strukturen sollen die
122 blau-grünen Verbindungsachsen zur Verbreitung vieler Tier- und
123 Pflanzenarten bilden.
- 124 • **Durch einen Nationalpark in der Senne und neue Schutzgebiete schaffen wir**
125 **zusätzliche Schutzräume für gefährdete Arten**. Wo immer möglich, müssen
126 Schutzgebiete verbunden und größere Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir
127 wollen mit Förderprogrammen Anreize und Vorgaben für den Erhalt
128 unterschiedlicher Lebensraumtypen schaffen. Mit der Wiedereinführung des
129 Landschaftsprogramms werden wir eine landesweite Konzeption für Biotop-
130 und Artenschutz mit verbindlichen Vorgaben für die Regionalpläne schaffen.
131 Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für Naturschutzverbände muss
132 endlich umgesetzt werden.
- 133 • **Die Biodiversitätsstrategie NRW** ist ein wichtiges Instrument für den
134 Naturschutz in NRW. Wir führen sie fort und überarbeiten sie. Dabei

135 aktualisieren wir ihre Ziele vor dem Hintergrund neuer
136 naturwissenschaftlicher Daten. Gleichzeitig müssen erste Maßnahmen
137 umgesetzt und die Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten
138 Maßnahmenprogramm „**Landesprogramm Biologische Vielfalt**“ unterlegt werden.

- 139 • **Das Wolfsmanagement muss auf gleicher Augenhöhe von Ökologie und**
140 **Weidetierhaltung verbessert werden.** Die Wiederbesiedlung unseres
141 Bundeslandes durch den Wolf kann als ökologischer Erfolg verbucht werden.
142 Gleichzeitig gehen mit der Rückkehr dieser Art wachsende Gefahren für
143 Weidetiere und Tiere der Hobbytierhaltung als potenzielle Beutetiere
144 einher. Die bislang getroffenen Regelungen zum Wolfsmanagement in NRW
145 müssen vor diesem Hintergrund als unzureichend bewertet werden. Ziel allen
146 Handelns muss ein möglichst konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von
147 Wolf und Mensch sein. Weidetierhaltung muss nach Meinung der GRÜNEN auch
148 in Zukunft möglich sein. Sie darf weder an Ängsten noch an fehlenden
149 finanziellen oder personellen Ressourcen scheitern.
- 150 • **Bestehende Schutzgebiete wollen wir besser schützen.** Das gelingt durch ein
151 Verbot chemisch-synthetischer Pestizide und Mineraldünger in
152 Schutzgebieten, durch ausgedehnte Pufferstreifen und eine artenfreundliche
153 Bewirtschaftung. Wir fördern gezielt eine vielfältige Landschaftsstruktur
154 von Hecken, Säumen, Brachen oder Kleingewässern und schaffen so eine
155 artenreiche Landschaft mit vielfältigen Lebensräumen.
- 156 • **Auch in den Dörfern und Städten gilt es die Artenvielfalt zu schützen und**
157 **zu stärken.** Dafür setzen wir u.a. auf Nachverdichtung und
158 Flächenrecycling, auf begrünte Fassaden und Dächer, starke kommunale
159 Baumschutzsatzungen und einen wirksamen Ausschluss von sogenannten
160 Schottergärten in der Landesbauordnung. Die unsachgemäße Anwendung von
161 Pestiziden im Privatbereich ist ein großes Problem. Daher wollen wir den
162 Einsatz auf ein absolutes Minimum beschränken. Den Herbizideinsatz wollen
163 wir sowohl im privaten nicht-landwirtschaftlichen als auch im öffentlichen
164 Bereich vollständig beenden.
- 165 • Neben dem Flächenfraß befeuern auch extrem intensive Formen der
166 Bewirtschaftung das Artensterben – und hier insbesondere der übermäßige
167 Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden und Düngemitteln sowie
168 Eintönigkeit auf dem Acker durch viel zu enge Fruchtfolgen. **Wir fordern**
169 **vom Bund ein verbindliches und kurzfristig wirkendes**
170 **Pestizidreduktionsprogramm, mit dem der Pestizideinsatz in einem ersten**
171 **Schritt schnell halbiert werden kann.** Die Anwendung von für die
172 Artenvielfalt kritischen Pestiziden werden wir beenden. Wo Mehrkosten
173 anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und
174 Ausgleichskonzepten unterstützen. NRW muss sich auf Bundesebene für ein
175 Exportverbot von in der EU nicht zugelassenen Pestiziden einsetzen. Die
176 NRW-Politik muss sich zudem endlich auf Bundes- und EU-Ebene für
177 veränderte Zulassungsverfahren für chemisch-synthetische Pestizide stark
178 machen, die die Auswirkungen auf die Natur und Gesundheit stärker
179 berücksichtigen. Unser Ziel ist eine strukturreichen und bäuerliche
180 Landwirtschaft, die ressourcenschonend, naturverträglich und am Leitbild
181 der ökologischen Landwirtschaft orientiert ist mit ihren Prinzipien der
182 Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und dem Verzicht auf chemisch-
183 synthetische Pestizide.

- 184 • **Wir unterstützen gesunde Ernährung und den Absatz regionaler und**
185 **ökologisch erzeugter Produkte mit dem Gesunde-Kantinen-Programm** für
186 öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten
187 und Verwaltung. Damit wollen wir die Verwendung ökologisch produzierter
188 Lebensmittel auf mindestens 20 Prozent steigern. Klar ist für uns: Eine
189 naturverträgliche Landwirtschaft hat ihren Preis – wir wollen deshalb über
190 den Absatz in öffentlichen Einrichtungen Bäuerinnen und Bauern auch fair
191 dafür entlohnen, dass sie Rücksicht auf Umwelt und Natur nehmen.
- 192 • **Öffentliches Geld für öffentliche Güter:** Wir setzen auf Förderung und
193 konkrete Anreizsysteme für den **Umstieg in eine insekten- und**
194 **vogelfreundliche und naturverträgliche Landwirtschaft** mit
195 stickstoffreduzierter Bewirtschaftung und artenfreundlichen Anbaumethoden.
196 Gerade kleine Feldeinheiten sind gut für die Artenvielfalt. Deswegen ist
197 es umso wichtiger, dass wir das Sterben der kleinen Höfe stoppen. Dafür
198 setzen wir uns auch bei den Verhandlungen zur EU-Agrarreform ein. Auch die
199 Forschung für naturverträgliche landwirtschaftliche Methoden braucht mehr
200 Unterstützung.
- 201 • Um entstandene Monokulturen bei Mais und anderen Energiepflanzen
202 abzubauen, muss deren Einsatz in **Biogasanlagen** durch Wildpflanzen,
203 Reststoffe und Landschaftspflegematerial ersetzt werden. Hierfür müssen
204 die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen und
205 Fördermaßnahmen aufgesetzt werden.
- 206 • Bei regenerativen Energieformen geraten Artenschutz und Klimaschutz unter
207 Umständen in Konflikt. Beide Ziele sind jedoch eng miteinander verbunden,
208 die Klimakrise heizt das Artensterben an, intakte Ökosysteme dienen als
209 natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen Klimaänderungen.
210 Klima- und Artenschutz gelingen nur gemeinsam. Die Umsetzung der
211 Energiewende gelingt dann gut, wenn der Naturschutz frühzeitig beteiligt
212 und artenschutzrechtliche Belange transparent, gründlich geprüft und
213 berücksichtigt werden. Die Instrumente sind so weiterzuentwickeln, dass
214 der Prüfaufwand und die Prüfzeit einem ausreichenden Kapazitätsaufbau von
215 erneuerbaren Energien nicht strukturell im Wege steht.
- 216 • Wir halten Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen
217 dort für sinnvoll, wo bei der Pflanzenproduktion, z.B. bei Sonderkulturen,
218 oder der Tierhaltung signifikante Vorteile durch den Mehrfachnutzen der
219 Überdachung (Beschattung, Wind- und Regenschutz) erzielt werden und wenn
220 dabei Natur und Landschaftsbild nur wenig beeinträchtigt werden.
- 221 • Nicht zuletzt braucht es für den Artenschutz die Unterstützung jedes*r
222 Einzelnen. Daher setzen wir uns für eine **zielgerichtete**
223 **Aufklärungskampagne zum Artenschutz** und den Möglichkeiten jedes*r
224 Einzelnen ein. Die Volksinitiative Artenvielfalt NRW bietet dafür einen
225 hervorragenden Anknüpfungspunkt. Auch in der Schule müssen ökologische
226 Zusammenhänge und Wissen über die Natur und ihres Schutzwertes breiter,
227 intensiver und praktischer gelernt werden - im Sinne der Bildung für
228 nachhaltige Entwicklung.
- 229 • Die Biodiversitätsstrategie lässt sich nur mithilfe eines systematischen
230 Monitorings der Arten und deren Lebensräume umsetzen. Mit dem Netzwerk
231 von rund 40 Biologischen Stationen besitzt NRW dafür kompetente

232 Einrichtungen, die landesweite Koordination erfolgt durch das LANUV. Diese
233 Struktur benötigt eine bessere finanzielle Ausstattung. Gleichzeitig
234 wollen wir
235 die Vernetzung mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn
236 stärken.

237 **Klima- UND Naturschutz - mit besserer** 238 **Beteiligung und Planung und klarer Raumzuweisung**

239 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt
240 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an; intakte Ökosysteme
241 wiederum dienen als natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen
242 Klimaänderungen. NRW kann seine Klimaziele nur dann erreichen, wenn wir Tempo
243 machen beim Ausbau erneuerbaren Energien und der Mobilitätswende. Das wollen wir
244 mit schnellerer, besserer und verlässlicher Planung voranbringen. Wir wollen
245 eine Planungskultur erreichen, die Umweltregulierung nicht als Fesseln wahrnimmt
246 sowie Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-Bremser“ abwertet,
247 sondern als Ideengeber wertschätzt. Und wir sind überzeugt: Konflikte zwischen
248 dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur auf der einen und Natur- und
249 Artenschutz auf der anderen Seite sind kein Naturgesetz. Sie können durch
250 vorausschauende, klare und verbindliche Vorgaben und Maßnahmen auf Bundes- und
251 Landesebene miteinander versöhnt werden.

- 252 • mit einer **Personal- und Nachwuchsoffensive für Planungs- und**
253 **Genehmigungsbehörden sowie Gerichte** sorgen wir dafür, dass Verfahren
254 messbar schneller werden. Wir wirken dem Fachkräftemangel in diesen
255 Behörden entgegen: mit ausreichend Möglichkeiten der Weiterqualifikation,
256 neuen Ausbildungswegen und mehr finanziellen Ressourcen.
- 257 • wir schaffen **verbindliche, frühzeitige, echte und durchgängige**
258 **Bürger*innenbeteiligung** für Infrastrukturprojekte. Zu wichtigen
259 Grundsatzentscheidungen setzen wir auf das Instrument der
260 Bürger*innenräte. Entscheidungen über Konflikte können durch
261 parlamentarische Beteiligung aufgewertet und beschleunigt werden. Wir
262 setzen auf verbindliche Bürger*innenbeteiligung nach einheitlichen
263 Qualitätsstandards und ausreichend finanzielle Bundes- und Landesmittel
264 für Beteiligungsverfahren.
- 265 • Wir wollen eine **Aufwertung statt einer Aufweichung von**
266 **Umweltverträglichkeitsprüfungen**: Umwelt- und insbesondere auch
267 Klimaverträglichkeit von Planungsvorhaben müssen früher im Verfahren, etwa
268 bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans, geprüft werden. Dann
269 können auch im folgenden Verfahren im Sinne der „Abschichtung“ einzelne
270 Umweltuntersuchungen entfallen. Die Erfahrungen und die Expertise von
271 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine
272 Nutzung vertraglich regeln.
- 273 • Starre Abstandsregelungen für Windenergie, wie die der schwarz-gelbe
274 Landesregierung, lähmen die Energiewende und befrieden Zielkonflikte
275 nicht. Bürgerwindkraft kann ein Instrument sein, Konflikte vor Ort
276 aufzulösen. **Wir setzen auf Vorranggebiete von bis zu 2 Prozent der**
277 **Landesfläche für Windenergie und andere regenerative Energien**, basierend
278 auf einer Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung. Dabei sind
279 Schwerpunktorkommen („Dichtezentren“) besonders konfliktträchtiger,

280 windenergiesensibler Arten von vornherein aus die Vorranggebieten
281 auszuschließen. Es braucht koordinierte Schutzprogramme, damit sich
282 Erhaltungszustand der Population der betroffenen Tierarten insgesamt (also
283 auch außerhalb des Ausbaugesbietes) nicht verschlechtert. So können z.B.
284 durch eine Stärkung der Population in frei gehaltenen Dichtezentren die
285 negative Auswirkung von Einzelvorhaben in Windeignungsgebieten vor dem
286 Eingriff kompensiert werden. Hinzu kommen weitere planungsrechtliche und
287 technische Verbesserungen, um die Umsetzung dieses Grundprinzips zu
288 ermöglichen.

- 289 • Repowering von Windkraftanlagen muss genutzt werden, um eine gewisse
290 Anlagenneuordnung zu gestalten. Anlagen, die aus naturschutzrechtlicher
291 Sicht an besonders kritischen Standorten stehen, werden stillgelegt, im
292 Gegenzug werden andere Anlagen an weniger kritischen Standorten
293 begünstigt.
- 294 • Auch technische Lösungen sollen dabei helfen, den Natur- und Klimaschutz
295 gemeinsam zu erreichen. Vorbild sind hier u.a. das Realtime-Monitoring mit
296 Abschaltautomatik bei Greifvögeln oder Fledermäusen in USA und Frankreich
- 297 • Wir wollen Solar sowie bei zu renovierenden Altbauten als Standard
298 verankern, um durch die Nutzung vorhandener Gebäude-Potenziale auch den
299 Druck auf die Freiflächen zu senken. Die Nutzung von Solarenergie soll
300 dabei, wo möglich, mit Gründächern kombiniert werden.
- 301 • Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO₂-
302 Minderung. Wir wollen daher den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich
303 verbessern. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein
304 wichtiger CO₂-Speicher.

305 **Wir brauchen eine Waldwende!**

306 Die Auswirkungen der Klimakrise sind in unseren Wäldern besonders sichtbar.
307 Ansteigende Durchschnittstemperaturen, mehr Sturmereignisse und immer länger
308 anhaltende Trockenphasen sorgen für Klima-Dauerstress. Klimaschutz ist somit
309 auch Waldschutz!

310 Wir wollen gemeinsam mit den Waldbesitzer*innen unsere Wälder wieder zukunftsfit
311 machen. Dafür braucht es eine Waldwende hin zu einer naturnahen
312 Waldbewirtschaftung und klimaresistenten, v.a. natürlich entwickelten Wäldern.

313 Wälder sind als CO₂-Senke unerlässlich, auch um zu erreichen, dass die
314 Erderwärmung 1,5 Grad nicht übersteigt. Deshalb verdienen Wälder unseren
315 besonderen Schutz. Auch für den Gewässer- und Trinkwasserschutz, das Mikroklima
316 und die Luftreinhaltung, zur Förderung der Biodiversität sowie als Lebens- und
317 Erholungsraum ist der Wald unentbehrlich. Um zu erhalten was uns erhält, braucht
318 es daher eine Stärkung des **Waldnaturschutzes**.

- 319 • Das aktuelle Waldbaukonzept wird den Herausforderungen in keiner Weise
320 gerecht und steuert die Waldbesitzer*innen weiter in die Krise. Wir wollen
321 es durch ein Waldentwicklungskonzept ersetzen, in dem die natürliche
322 Waldentwicklung, statt einer flächendeckenden Wiederaufforstung, Vorrang
323 hat. Das Belassen von Totholz und die Wiedervernässung entwässerter
324 Standorte wird zum Standard. Dieses Konzept wird für landeseigene Wälder
325 sofort umgesetzt und Maßstab für die zukünftige Förderkulisse – nach dem
326 Prinzip öffentliche Gelder für öffentliche Güter. Zusätzlich braucht es

327 mehr Konzepte und Unterstützungen, um Waldbesitzer*innen bei dieser Wende
328 nicht alleine zu lassen. Eine Sicherung naturnaher Waldlandschaften durch
329 Stärkung des Vertragsnaturschutzes im Wald ist hier nur eine Möglichkeit.

330 • Wir unterstützen die Forderung der Volksinitiative Artenschutz, dass das
331 Land Nordrhein-Westfalen in seinen Staatswäldern Vorreiter für eine
332 natürliche Waldentwicklung und Artenvielfalt wird. Mit geeigneten
333 Landesprogrammen für kommunale und private Waldbesitzer*innen setzen wir
334 zudem Anreize, bis zum Jahr 2030 10 Prozent der Gesamtwaldfläche des
335 Landes aus der forstlichen Nutzung zu nehmen.

336 • Viele Forstämter und Forstbetriebe arbeiten mittlerweile erfolgreich
337 entlang von Leitlinien, die den Aufbau eines klimaresilienten Dauerwaldes
338 zum Ziel haben. Diese Leitlinien zur „guten fachlichen Praxis“ im Wald zu
339 entwickeln und entsprechend in Waldgesetzgebung und Förderprogramme
340 aufzunehmen, ist unser Ziel. Damit einhergehend ist eine Bewertung der
341 Ökosystemleistungen der Wälder vorzunehmen, um die Leistungen der Wälder
342 angemessen honorieren zu können.

343 • Im Zuge der klimatischen Veränderungen kam es in NRW zuletzt zu einer
344 vergleichsweise hohen Anzahl an **Waldbränden**. Im Zuge der Klimakrise wird
345 sich dieses Risiko weiter erhöhen. Auch im Sinne der Waldbrandprävention
346 muss die Waldwende hin zu naturnahen sowie arten- und strukturreichen
347 Wäldern deshalb Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft sein. Um
348 das Brandrisiko einschätzen und reduzieren zu können, braucht es
349 zusätzlich ein **Waldbrandkonzept für NRW**, das die besonders gefährdete
350 Waldflächen erfasst und die ergriffenen Schutzmaßnahmen prüft.

351 • Dürre, Trockenheit und den Borkenkäferbefall haben bereits riesige
352 Kahlflecken in den Forsten verursacht. Wir fordern ein **nachhaltig**
353 **aufgestelltes Konzept, in dem die Naturverjüngung und natürliche**
354 **Waldentwicklung im Vordergrund stehen**. Dieses muss entsprechend mit den
355 Ökolog*innen sowie Waldfachleuten in NRW abgestimmt werden. Schließlich
356 sind inzwischen auch Baumarten von der Klimakrise betroffen, denen
357 hinsichtlich des Waldumbaus hin zu mehr Klimaresilienz bisher eine große
358 Rolle zugesprochen wurde. Daher braucht es diese Konzepte mit
359 Vorbildcharakter, bei deren Umsetzung auch der Privatwald mit einbezogen
360 werden sollte. Um die Irrtümer der Vergangenheit nicht zu wiederholen,
361 sollten Alternativ-Baumarten nur sehr vorsichtig und anteilmäßig sehr
362 begrenzt eingesetzt werden. Weiterhin sind Strukturen zu schaffen, um
363 Waldeigentümer*innen unter Berücksichtigung der jeweiligen
364 Standortbedingungen qualifiziert zu beraten. Bildung, Ausbildung und
365 Beratung zu waldökologischen und waldbaulichen Themen müssen einen höheren
366 Stellenwert bekommen.

367 • Der **Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen** zusammen. Wir
368 wollen geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den
369 Waldumbau zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben.
370 Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie
371 Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um die Potenziale kleiner
372 privater Waldflächen besser zu erschließen und die Waldbesitzer*innen
373 fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen

- 374 • Für die Zukunft gilt es auch, dem Waldboden mehr Aufmerksamkeit zu widmen.
375 Je weniger der Boden von Menschen und schwerem Gerät beeinflusst ist, umso
376 widerstandsfähiger und stabiler wird das sich entwickelnde Waldökosystem
377 sein. So sollte beispielsweise auf Kahlschläge verzichtet werden.
- 378 • Wir wollen Maßnahmen entwickeln, damit Wildbestände stärker reguliert und
379 an ein waldverträgliches Maß angepasst werden.
- 380 • Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Im Gegensatz zu vielen anderen Bau- und
381 Werkstoffen, die wir nutzen, wächst er nach. Gleichzeitig kann Holz über
382 Jahrzehnte CO₂ binden und so zum Klimaschutz beitragen. Deshalb wollen
383 wir in Zukunft auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern
384 setzen. Öffentliche Gebäude können eine Vorreiterrolle einnehmen und
385 anstatt mit Kies und Zement verstärkt aus Laub- und Nadelholz erbaut
386 werden. Wir wollen hier entsprechende Anreize setzen und auch die
387 Erforschung der Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.
- 388 • Auf die Verbrennung des wertvollen Rohstoffs Holz in Kraftwerken ist zu
389 verzichten.

390 Saubere Luft zum Atmen

391 Saubere Luft zum Atmen ist Grundlage für unsere Gesundheit. Doch tatsächlich
392 enthält unsere Luft vielerorts mehr Stickoxide, Treibhausgase oder Feinstaub als
393 gesundheitlich vertretbar und gesetzlich erlaubt. Saubere Luft ist nicht zuletzt
394 eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – denn viele Menschen können aus
395 finanziellen Gründen schlicht nichts daran ändern, dass sie an einer
396 vielbefahrenen Straße oder in der Nähe von ammoniakbelasteten
397 Tierhaltungsanlagen leben. Jedes Jahr sterben in Deutschland allein mehr als
398 70.000 Menschen vorzeitig an den gesundheitlichen Folgen der Luftverschmutzung.
399 Die Wissenschaft ist eindeutig: Wer dauernd Luftverschmutzung ausgesetzt ist,
400 ist durch die Belastung der Atemwege und Blutgefäße besonders anfällig für
401 schwere Atemwegserkrankungen. Immer mehr Studien zeigen auch: Wer tagtäglich
402 unter schlechter Luft leidet, erkrankt schwerer an Covid-19 und hat somit ein
403 höheres Risiko daran zu versterben..

404 Wo die schmutzige Luft herkommt, wissen wir: der Verkehr, die industrielle
405 Landwirtschaft und Kohlekraftwerke sind unter anderem die Hauptquellen für
406 gesundheitsschädliche Emissionen – und es gibt Wege, diese Emissionen zu senken.
407 Für uns GRÜNE ist klar: Gesundheit für Mensch und Natur hat Vorrang. Die
408 Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern erfordert, dass wir
409 gegensteuern – denn die Mittel dazu haben wir in der Hand:

- 410 • Wir setzen auf **schadstofffreien, emissionsfreien Verkehr**: Busse, Bahnen,
411 Fuß- und Radverkehr erhalten Vorrang. Wir schaffen eine Mobilitätsgarantie
412 für jedes Dorf und setzen auf geteilte und emissionsarme Mobilität. Auf
413 Bundesebene setzen wir uns weiterhin für Tempo 120, die Nachrüstung von
414 Diesel-Hardware, die blaue Plakette und das Ende des Verbrennungsmotors
415 ein. Mit mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen wirken wir der
416 Luftverschmutzung entgegen.
- 417 • Wir **senken die Emissionen aus der intensiven Landwirtschaft**, indem wir die
418 bäuerliche Landwirtschaft stärken und naturverträglicher machen. Wir
419 wollen eine Düngeverordnung, die den Schutz von Wasser, Boden und Luft
420 sicherstellt und sorgen dafür, dass das Düngerecht konsequent vollzogen

421 wird. Wir setzen die Nachrüstung mit Filtertechnik in großen Ställen durch
422 und stellen uns gegen den Bau weiterer überdimensionierter Mastanlagen.
423 Mittelfristig reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und
424 tierverträgliches Maß von maximal 2 Großvieheinheiten pro Hektar.

- 425 • Wir setzen auf einen schnellen **Kohleausstieg bis spätestens 2030 und den**
426 **Ausbau der emissionsfreien erneuerbaren Energien**. Nicht nur aus
427 Klimaschutzgründen ist ein schnelleres Abschalten der Kohlekraftwerke in
428 NRW geboten – sie stoßen auch Quecksilber und weitere
429 gesundheitsbelastende Stoffe aus. Bis die letzten Kohlekraftwerke vom Netz
430 gehen, werden wir uns weiter dafür einsetzen, die technischen
431 Möglichkeiten durch Filteranlagen voll auszuschöpfen. Deutschland leistet
432 sich derzeit im EU-Vergleich völlig unzureichende Grenzwerte beim
433 Quecksilberausstoß und verspielt damit auch die Chance, Technologieführer
434 für Umwelttechnik zu werden.
- 435 • **Noch immer wissen wir zu wenig über die tatsächliche Belastung dort, wo**
436 **Menschen wohnen. Daher fordern wir mehr Messstellen und häufigere**
437 **Messungen in direkter Nähe zu Wohnbebauung**. Um die tatsächliche
438 Verschmutzung durch den Flugverkehr und Schifffahrt zu erfassen, setzen
439 wir ein Programm zum stärkeren Monitoring an Häfen und Flughäfen auf, das
440 insbesondere die Verschmutzung durch hochgefährliche Ultrafeinstäube eng
441 überwachen soll. Pilotstudien auch an Flughäfen in NRW zeigen, dass die
442 Belastung durch Ultrafeinstäube, die anders als bisher systematisch
443 gemessene Feinstäube (PM2.5, PM10) bis in die tiefsten Lungenregionen
444 eindringen, systematisch unterschätzt wird. Wir wollen die Zusammenhänge
445 zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage deutlich machen. Dafür
446 streben wir eine ganzheitliche Berichterstattung an, die bereits
447 vorhandenen Berichte in diesen drei Bereichen miteinander kombiniert und
448 Kommunen als Hilfestellung für Entscheidungsfindungen dient.

449 **Grüner Plan gegen Lärm**

450 Lärm erzeugt Stress und macht langfristig krank. 1,4 Mio. Menschen sind in NRW
451 gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt. Die Hauptquelle des Lärms in NRW ist der
452 Verkehr. Dabei geht es auch leiser. Bei allen Einschränkungen hat uns der
453 Corona-Lockdown kurzzeitig gezeigt, wie lebenswert eine Welt mit viel weniger
454 Verkehrslärm sein kann.

- 455 • Lärm lässt sich schnell und wirksam durch **Geschwindigkeitsbeschränkungen**
456 reduzieren. Wir drängen die Landesregierung, ein Tempolimit im Bund
457 anzustoßen und zu unterstützen und bis zur flächendeckenden Einführung
458 entsprechende Modellversuche auf Autobahnen in NRW zu starten. Innerorts
459 setzen wir uns für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit ein und auf
460 Landstraßen für Tempo 80, um Anwohner*innen zu schützen
- 461 • Wir fordern **klare Lärm-Grenzwerte für Autos und Motorräder**. Verstöße
462 müssen geahndet und mit effektiven Bußgeldern belegt werden.
- 463 • Noch immer ist im Bundesverkehrswegeplan der Neu- und Ausbau von
464 Autobahnen und Bundesstraßen geplant – die Folge wäre noch mehr Lärm. Wir
465 wollen ein **Klima-Moratorium** für diese Projekte, die in Zukunft auch mehr
466 Lärm bedeuten.

- Lärmschutz ist ein Recht, das allen Bürger*innen zusteht. Deshalb gewähren wir Anwohner*innen bestehender Straßen- und Schienenwege denselben Anspruch wie den Bürger*innen an Neubaustrecken.
- Wir **reduzieren Fluglärm**: Je lauter ein Flugzeug, desto höher das Flughafen-Entgelt. Das setzt Anreize für lärmarme Technologien. Wir drängen auf eine strengere Handhabe bei den bestehenden **Nachtrandzeiten und Nachtflugverboten**. Wir wollen keine neu zugelassenen nächtlichen Fracht- und Passagierflüge. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Wir werden Alternativen zum Fliegen fördern und lehnen öffentliche Förderungen von unwirtschaftlichen Flughäfen ab.

Gutes Licht für Mensch und Natur

In unseren Städten und Dörfern wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren gesunden Schlaf, sondern auch für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir werden dafür sorgen, dass Aussenbeleuchtungen so gestaltet werden, dass sie den notwendigen Schutz bieten und negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt minimieren.

Sauberes Wasser ist Leben

Sauberes und in ausreichender Menge vorhandenes Wasser ist die Grundlage jeglichen Lebens auf der Erde. Die Herausforderungen für rückstandsfreie und unbelastetes Gewässer im bevölkerungsreichen NRW sind groß. Hinzu kommt die starke industrielle wie auch landwirtschaftliche Nutzung, die sich längst auch in unseren Gewässern niederschlägt. Für uns hat es höchste Priorität, unser Lebensmittel Nummer eins besser zu schützen.

Neben der Herausforderung, Gewässer vor Einträgen zu schützen und somit eine hohe Qualität zu gewährleisten, werden auch die Auswirkungen der Klimakrise zunehmend spürbar. Die zurückliegenden Hitzesommer haben gezeigt, welche Folgen extreme, langanhaltende Trockenperioden auch auf die Gewässer in NRW haben können. Wir GRÜNE wollen eine „**Zukunftsstrategie Wasser**“. Damit können wir Wasser-Verfügbarkeiten ermitteln und besser auf die Auswirkungen der klimatischen Veränderungen reagieren. Auch Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen gilt es, hier festzuschreiben.

- Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach wie vor von der hohen Belastung durch Nitrat aus, aber auch der Einsatz von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Jeder Meter mehr an **Gewässerrandstreifen** ist ein Gewinn, um die Gewässer wirksamer vor diesen Eintragungen von Dünger, Pestiziden und Co. zu schützen. Eine Reduzierung der Düngemittel kann das natürliche Gleichgewicht und die Selbstreinigungskraft unserer Gewässer wiederherstellen.
- Neben den stärker eingesetzten Mineraldüngern dominieren heute besonders Dünger tierischer Herkunft in Form der aus strohlosen Haltungssystemen stammenden Gülle. Der Stickstoff aus mineralischer Düngung und aus Gülle ist leicht löslich und wandert schneller ins Grundwasser ab als der im Festmist enthaltene Stickstoff. Für uns Grüne gehen Tierschutz und Wasserschutz an dieser Stelle zusammen, denn nur artgerechte Tierhaltung ist auch eine naturverträgliche Tierhaltung. Daher müssen **Landwirt*innen**

515 **beim Schutz von Wasser und Umwelt stärker unterstützt** und so nachhaltige
516 Formen der Landnutzung und Tierhaltung gefördert werden.

- 517 • Wir fordern eine konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips und der
518 Herstellerverantwortung für den gesamten Zufluss von Produkten. In der
519 Produktion sind Schadstoffe zu vermeiden und, soweit technisch und
520 wirtschaftlich möglich durch weniger schädliche Stoffe oder Verfahren zu
521 ersetzen. Der Eintrag von Schadstoffen in das Abwasser muss bereits an der
522 jeweiligen Quelle verhindert werden, wenn dies ökologisch und
523 gesamtwirtschaftlich vertretbar ist. Ein nachträgliches Entfernen aus dem
524 kommunalen Abwasser ist häufig, wenn auch nicht immer, aufwendiger,
525 kostspieliger und in der Regel nicht umfassend möglich. Auch das
526 Freisetzen umweltschädlicher Stoffe aus Produkten ist so weit wie möglich
527 zu unterbinden – idealerweise durch Verzicht auf derartige Substanzen. Die
528 bereits heute bei der Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung anfallenden
529 Kosten werden bislang vollständig auf die Allgemeinheit der
530 Abwassererzeuger*innen und Trinkwassernutzer*innen umgelegt. Das ist
531 unfair und setzt keinen Anreiz, Schadstoffe zu reduzieren. Daher müssen
532 die Kosten in geeigneter und sozial verträglicher Weise den jeweiligen
533 Verursacher*innen zugeordnet werden, um Vermeidungsanreize zu schaffen.
534 Darüber hinaus sind die schon bestehenden Möglichkeiten des
535 Chemikalienrechts auszuschöpfen und die Verwendung besonders
536 besorgniserregender Substanzen perspektivisch zu beenden
- 537 • Zusätzlich fehlt bisher eine konkrete **Vermeidungsstrategie** zur Reduzierung
538 von Arzneimittelinträgen **und anderen Mikroschadstoffen**. Aufgrund des
539 steigenden Pro-Kopf-Verbrauchs von Medikamenten ist von einer Zunahme der
540 **Arzneimittelrückstände** im Abwasser in den nächsten Jahren auszugehen.
541 Industriechemikalien und andere Mikroschadstoffe können nur langfristig
542 durch das Chemikalienrecht reduziert werden. Um unsere Gewässer und Böden
543 schon heute als Lebensraum und Trinkwasserressource zu schützen, muss eine
544 Verbesserung der Klärtechnologie und die dafür notwendige Finanzierung
545 sichergestellt werden. Als Grundlage zur Entwicklung einer Strategie zum
546 besseren Schutz vor multiresistenten Keimen sind die bestehenden
547 Monitoringprogramme entsprechend zu erweitern.
- 548 • In den vergangenen Jahren haben die Erkenntnisse über das Vorkommen
549 verschiedenster Mikropartikel in unseren Gewässern zugenommen. Das
550 Vorkommen von **Mikroplastik** und den darin enthalten oder daran gebundenen
551 zahllosen Stoffen in unseren Gewässern hat Auswirkungen auf Mensch und
552 Umwelt, ist bislang jedoch noch nicht eingehend erforscht. Risiken für
553 Umwelt und Lebewesen müssen deshalb etwa bei der Herstellung von
554 Autoreifen und Kunststofftextilien verstärkt berücksichtigt werden. **Wir
555 wollen die bestehenden chemikalienrechtlichen Möglichkeiten zur
556 Einschränkung von problematischen Stoffen konsequent durchsetzen und die
557 gezielte Verbreitung von Mikroplastik, z. B. in Kosmetika, Körperpflege-
558 oder Reinigungsmitteln unterbinden.**
- 559 • Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das Landeswassergesetz (LWG NRW)
560 geändert und damit den Gewässerschutz um Jahre zurückgeworfen. Allein das
561 Außerkraftsetzen des Abgrabungsverbots in Wasserschutzgebieten trägt zu
562 einer massiven Untergrabung des Wasserschutzes bei. **Wo Wasserschutzgebiet**

563 **drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein.** Zum Schutz unserer Gewässer
564 und Böden brauchen wir eine nachhaltige Rohstoffpolitik in NRW.

565 Flüsse natürlicher fließen lassen

- 567 • Wir wollen die Gewässer in NRW entfesseln. Derzeit blockieren viele
568 tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Die
569 unnatürlichen Rückstaubereiche hinter vielen dieser Bauwerken erwärmen
570 sich, Sediment und Schlamm lagern sich ab, klimaschädliches Methan wird
571 produziert, Artenvielfalt und Lebensraum gehen verloren. Fische und andere
572 Wassertiere werden an ihrer Wanderung gehindert und zum Teil verletzt oder
573 sogar getötet.
- 574 • Um die Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie
575 in Einklang zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen
576 unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und
577 fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und
578 können zur Verbesserung des Fließgewässers beitragen und gleichzeitig
579 einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten.
- 580 • Die Umsetzung der **europäischen Wasserrahmenrichtlinie** muss so schnell wie
581 möglich abgeschlossen werden. Lebendige, durchgängige und naturnah
582 fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume für
583 verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum
584 Erhalt der Biodiversität. Doch auch im Sinne des ökologischen
585 Hochwasserschutzes sowie der durch den Klimakrise bedingten Zunahme an
586 Starkregenereignissen, muss das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung
587 stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung verankert werden.
- 588 • Die Klimakrise zwingt uns zu einer Wende im Umgang mit Wasser. Das haben
589 die Dürrejahre 2018-2020 und erst recht das Extremhochwasser im Juli 2021
590 eindringlich gezeigt. Eine umfassende Neubewertung der
591 wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regelwerke auf allen
592 Ebenen ist erforderlich. Schon jetzt steigen die Nutzungskonflikte um das
593 Wasser und das Trockenfallen von feuchten Lebensräumen verschärft das
594 Artensterben. Anstatt die Landschaft weiter auszutrocknen, müssen wir das
595 Wasser in der Landschaft speichern. Das geht, wenn wir Moore, Auenwälder
596 und Feuchtwiesen renaturieren, weniger Flächen versiegeln,
597 landwirtschaftlich genutzte Flächen weniger stark entwässern und die
598 Speicherkapazitäten des Bodens erhöhen, etwa durch eine Waldwende. Durch
599 die Klimakrise werden Hochwasser wie im Sommer 2021 gesehen häufiger und
600 heftiger. Wir müssen den Gewässern mehr Raum geben und fördern dies durch
601 Entwicklung natürlicher Rückhalteräume.

602 Bildung für nachhaltige Entwicklung

603 Wir wollen eine breite Mehrheit der Bevölkerung für die international
604 vereinbarten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (sustainable development
605 goals, SDGs) und die zu ihrer Umsetzung notwendigen Schritte zu gewinnen. Dazu
606 ist die konsequente Implementierung und strukturelle Verankerung der Bildung für
607 nachhaltige Entwicklung (BNE) entlang der gesamten Bildungskette erforderlich.
608 Eine der Voraussetzung für die notwendige sozial-ökologische Transformation der
609 Gesellschaft ist es, Menschen aller Altersgruppen und aus allen sozialen Milieus
610 zu erreichen und zur Gestaltung zu befähigen.

- 611 • BNE muss durch die gesamte Bildungskette von den Kindertageseinrichtungen.
612 Schulen, außerschulische Bildung, Hochschulen bis zur Weiterbildung
613 hindurch gestärkt werden: Die Ziele der BNE müssen in den didaktischen
614 Konzeptionen der Trägern und bei den Bildungsverantwortlichen und
615 Bildungsakteur*innen sowie in Aus- und Fortbildung der pädagogischen
616 Kräfte stärker verankert werden. Gerade im schulischen Bereich muss die
617 vorliegende Leitlinie konsequent umgesetzt werden.
- 618 • BNE muss verpflichtend zu einer inhaltlichen Säule der **Regionalen**
619 **Bildungsnetzwerke** gemacht werden.
- 620 • Die **Mittel für außerschulische Kooperationspartner** im Bereich BNE sind
621 deutlich zu erhöhen. Die Zahl der Regionalzentren im BNE-Landesnetzwerk
622 soll vergrößert, mehr Projekte, Netzwerke und kommunale Aktivitäten
623 gefördert werden.

624 **Das Ende der Verschwendung**

625 Eine gesunde Umwelt und Natur kann es nur geben, wenn unsere Wirtschaft nicht
626 nur eine Richtung, von der Fabrik auf die Müllkippe kennt. Eine Wirtschaft
627 innerhalb der planetaren Grenzen ist eine Kreislaufwirtschaft, in der Ressourcen
628 wieder zurück in neue Produkte geführt werden, anstatt sie als Abfall ungenutzt
629 zu lassen oder zu verbrennen. Eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich
630 regional verankert ist, schon die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und
631 reduziert die Belastung von Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und
632 Schadstoffe. In einer Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über
633 das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei,
634 wiederverwendbar und leicht recyclebar.

- 635 • In NRW machen sich schon viele Unternehmen selbst auf den Weg in eine
636 Kreislaufwirtschaft. **Wir GRÜNE fördern den Umbau in die**
637 **Kreislaufwirtschaft durch Mittel des Landes und aus europäischen**
638 **Fördertöpfen.** Zudem stärken wir die **Grundlagen- und anwendungsbezogene**
639 **Forschung zur Kreislaufwirtschaft**, u.a. durch ein NRW-Forschungsinstitut
640 für Kunststoffrecycling und einen NRW-Pakt für Batterierecycling sowie
641 Recycling-Baustoffe. Unser Ziel ist, dass NRW Vorreiter in der
642 Kreislaufwirtschaft wird, so wie das Land einst durch Kohle und Stahl zur
643 industriellen Herzkammer des Kontinents wurde.
- 644 • Gerade die ressourcenintensive Baubranche muss zu einem Musterbeispiel für
645 Kreislaufwirtschaft werden. In der GRÜNEN Bauwende werden geschlossene und
646 giftfreie Stoffkreisläufe zum Leitprinzip, werden Recyclingmaterialien von
647 Beton bis Kunststoffen zur Norm. Wo immer möglich, wird mit
648 Recyclingmaterialien und Holz gebaut, das langfristig CO₂ aus der
649 Atmosphäre bindet.
- 650 • Wir fordern eine **Ressourcengebäudeausweis**, der transparent macht, mit
651 welchen Stoffen gebaut wurde und wie beim Lebensende des Gebäudes diese
652 wieder genutzt werden können.
- 653 • Beim Übergang in eine Kreislaufwirtschaft sollten **die landeseigenen**
654 **Unternehmen zugleich Vorbild als auch Innovationstreiber sein.** Durch
655 verbindliche Zielvereinbarungen zur Kreislaufwirtschaft für den Betrieb
656 und Quoten z.B. für Recyclingmaterial und Holzbau bei bestehenden und
657 neuen Gebäuden wollen wir Leuchttürme der Kreislaufwirtschaft und der

658 Bauwende überall in NRW aufleuchten lassen. **In öffentlichen Bauten**
659 **schreiben wir z.B. die Verwendung von Holz und Recyclingbeton vor**, wo
660 immer dies möglich ist.

- 661 • Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der der Restmülltonne und wird
662 dann verbrannt. Das ist eine enorme Ressourcenverschwendung. Die Pflicht
663 zur getrennten Erfassung von Bioabfällen muss endlich konsequent umgesetzt
664 werden. Wir wollen, dass die kostenlose Biotonne überall in NRW zum
665 Standard wird.

666 **Ehrenamt stärken**

667 Natur- und Umweltschutz in NRW wird ganz wesentlich von ehrenamtlich Engagierten
668 getragen – ob bei Bildungsprogrammen, Müllsammelaktionen, Vogelzählungen,
669 Demonstrationen oder Volksinitiativen. Viele Engagierte ergänzen und ersetzen
670 Leistungen öffentlicher Stellen. Diese Engagierten verdienen, dass ihre Arbeit
671 von öffentlicher Seite Wertschätzung erfährt, pragmatisch und schnell
672 unterstützt wird und dass ihre Expertise in Entscheidungen eingebunden wird. Wir
673 wollen zudem die Ehrenamtszuschale erhöhen und dafür sorgen, dass
674 Ehrenamtler*innen Fördergelder ohne hohen Verwaltungsaufwand beantragen können.

675 **Eine starke und moderne Verwaltung für Umwelt-** 676 **und Naturschutz**

677 Ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, wenn der Schutz der
678 natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die weitere Entwicklung unter
679 ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten nachhaltig gestaltet wird. Es
680 muss klar sein, dass Europa-, Bundes- und Landesrecht gilt und konsequent
681 angewendet wird. Denn dieses Recht schützt berechnigte Interessen der Menschen,
682 der Umwelt und der Wirtschaft. Die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen
683 leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, zum
684 Erhalt öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt zur Sicherung des Industrie-
685 und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie ist elementarer Bestandteil
686 der Daseinsvorsorge. Eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung ist
687 entscheidend um dies sicherzustellen und zu steuern.

688 Die Beratung und Verfahrensbegleitung von Vorhabenträgern, Antragstellern,
689 Verbänden und Politik ist ein wichtiges Element moderner Verwaltung. Dabei muss
690 sie ihrer Rolle als unabhängiger Anwalt der Umwelt gerecht werden.

691 Wir halten die Struktur der nordrhein-westfälischen Umweltverwaltung in ihren
692 Grundzügen für zukunftsfähig, allerdings besteht an verschiedenen Stellen
693 Optimierungsbedarf:

- 694 • Die Zusammenarbeit zwischen der Landes- und der Kommunalebene muss weiter
695 verbessert werden. Ein **gemeinsames Verständnis als "Umweltverwaltung NRW"**
696 ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von umweltpolitischen
697 Zielen im Vollzug.
- 698 • Auf allen drei Ebenen der Umweltverwaltung werden verpflichtend
699 **unabhängige Umweltbeschwerdestellen** für interne und externe Hinweise auf
700 Missstände im Natur- und Umweltschutz eingerichtet (Grüne Telefone).
- 701 • Der Umweltbereich gehört in NRW – wie in allen Bundesländern – zu den
702 Bereichen der Landesverwaltung, die stellenmäßig kaum ins Gewicht fallen.
703 Über **nachvollziehbare Schlüssel zur Personalbemessung** muss der Bedarf für

- 704 die einzelnen Behörden ermittelt werden und die nötigen Haushaltsmittel
705 zur Einrichtung von adäquat dotierten Stellen bereitgestellt werden.
- 706 • Durch **innovative Formen der Personalgewinnung** stellen wir sicher, dass der
707 öffentliche Dienst in der Konkurrenz mit der Wirtschaft um Fachkräfte
708 nicht noch mehr ins Hintertreffen gerät. Hierzu soll eine
709 Öffentlichkeitskampagne beitragen, die Anforderungen, Bedeutung und
710 Selbstverständnis der Umweltverwaltung darstellt. Wir werden bestehende
711 Laufbahnausbildungen beibehalten und eigens für den Naturschutz eine
712 Laufbahnausbildung einrichten. Zusätzlich wollen wir Möglichkeiten der
713 dualen Ausbildung schaffen. Die für die Aufgabenwahrnehmung in der
714 Umweltverwaltung erforderlichen fachlichen Qualifikationen müssen an
715 unseren Hochschulen weiterhin erworben werden können.
 - 716 • Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen konsequent ausgeschöpft
717 werden zur Erhöhung der Effizienz, Datentransparenz und
718 Wirtschaftlichkeit. Dabei müssen **landesweit gültige Standards** gelten.
 - 719 • Gerade im technischen Umweltschutz und im Naturschutz ist eine
720 **interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Behörden sowohl
721 bei Genehmigungen als auch Überwachung** unerlässlich. Dies führt zu
722 qualitativ besseren Ergebnissen und zu einem effizienteren Umgang mit
723 Ressourcen nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei den
724 Wirtschaftsunternehmen.
 - 725 • Die Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Strafverfolgungsbehörden muss
726 gestärkt werden. Im Umweltministerium führen wir die **Stabsstelle
727 Umweltkriminalität** wieder ein und statten sie finanziell und personell so
728 aus, dass sie Umweltkriminalität wirksam aufdecken und verfolgen kann.